



# ROTE HILFE

4. Jg. Nr. 2

13.2.1976

50 Pfennig

## Wegen Kampf um eine Kinderpoliklinik Staatschutzprozess gegen die KPD

"Soweit den Angeklagten vorgeworfen wird, sich nach § 89 StGB strafbar gemacht zu haben, sind sie hinreichend verdächtig, die Angehörigen eines öffentlichen Sicherheitsorgans planmäßig eingewirkt zu haben, um deren pflichtmäßiges Bemühen zum Schutz der Sicherheit der BRD zu untergraben, und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen die Sicherheit der BRD einzusetzt zu haben!"

Das ist der Hauptpunkt der Anklage, er kann mit 5 Jahren Gefängnis bestraft werden. Angeklagt vor der Staatschutzkammer in Westberlin sind Christian Heinrichs, Vorsitzender des Regionalkomitees der KPD, und Sieghart Gummelt, ehemaliger Polizist, Mitglied der ROTEN HILFE.  
DER ANLASS: Im Kampf für eine Kinderpoliklinik in das Bethanien-Haus, einem stillgelegten Krankenhaus in Berlin-Kreuz-

berg, wo vom westberliner SPD-Senat ein Künstlerzentrum eingerichtet werden sollte, verteilten Kommunisten und zahlreiche Kreuzberger im Frühjahr 1975 Flugblätter vor einer Polizeikaserne. Tagtäglich ging die Polizei auf Kreuzbergs Straßen gegen Demonstranten, gegen die Kreuzberger Bevölkerung mit Tränengas, Schlagstöcken und gezückter Pistole vor.

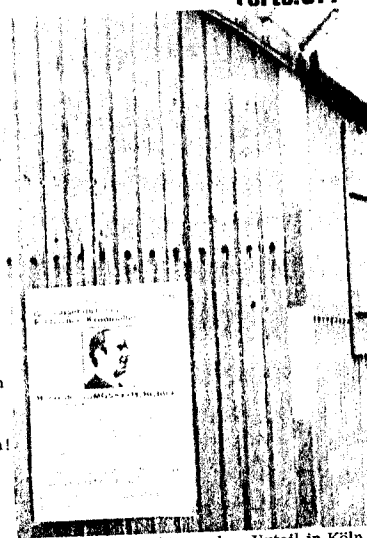
## Nach Somooskeoys Urteil: Verhindert die Abschiebung der türkischen Patrioten!

Am 30. 1. ging nach 4-monatiger Verhandlung der Prozess gegen die 4 türkischen Patrioten zu Ende. Somooskeoy verhängte die von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafen: Ömer Özüerturgut und Mustafa Tutkun : 2 Jahre Gefängnis Hatice Yurtas : 1 Jahr, 9 Monate Yksel U'rgulu : 1 Jahr, 6 Monate Verurteilt wurden die türkischen Patrioten, weil sie nach Meinung der Klassenjustiz in der BRD eine kriminelle Vereinigung gebildet hätten (§129 StGB). Diese Strafen liegen knapp über der bereits verübten Untersuchungshaft und zeigen: Somooskeoy konnte nicht so, wie er eigentlich wollte. Die kämpfentschlossene Haltung der Angeklagten und die organisierten Protestaktionen brachten ihn von seiner ursprünglichen Absicht ab. Er setzt jetzt aber auf das Mittel der Abschiebung!

Mit dem Tag der Urteilsverkündung wurden zwar die Haftbefehle aufgehoben, gleichzeitig aber traten bei Özüerturgut, Yurtas und Tutkun die vom Ausländeramt in Zusammenarbeit mit dem Gericht verordnete Abschiebehafte in Kraft. Trotz des beantragten politischen Asyls kann die Abschiebung täglich durchgeführt werden, nur sofortiger und machtvoller Protest kann das verhindern! Zwar ist die Bundesregierung nach geltendem Recht verpflichtet, den türkischen Patrioten politisches Asyl zu gewähren, aber die Durchführung des Prozesses, die in Höhe der Untersuchungshaft ausgesprochenen Haftstrafen und die sofort ausgesprochene Abschiebehafte sind eindeutige Alarmzeichen.

Unmittelbar nach ihrer Festnahme im Mai 1974 hatte die Pressestelle der Staatsanwaltschaft in Köln die Meldung verbreitet, und vor allem für die türkische Presse zurechtgemacht, daß es sich bei den Angeklagten um gefährliche "Terroristen" und

**Forts. S. 4**



Dieses in der Nacht vor dem Urteil in Köln verbreitete Plakat erregte Somooskeoy dermaßen, daß er gleich die Öffentlichkeit ausschloß!



ANGEKLAGT WIRD:  
"Wehrt Euch gegen die Einkasernierung und die Schikanen der militärischen Auszubildung - schließt Euch zusammen gegen Eure Aufgabe als Handlanger der Kapitalisten!"

"Verweigert gemeinsam Euren Einsatz gegen die Kreuzberger Bevölkerung und gegen das von der KPD unterstützte Bethanien-Komitee!"  
"Kommt diskutiert mit uns, Dienstag 19 Uhr, Kneipe..."  
"Wir besetzen das Bethanien Krankenhaus und ganz Kreuzberg verteidigt das besetzte Bethanien, um die Kinderpoliklinik zu erzwingen. Polizisten! Diese Besetzung ist kein krimineller Gewaltakt, wie Euch Eure Führer einreden wollen. Kriminelle Gewaltakte geschehen an ganz anderer Stelle in Kreuzberg... Polizisten! Ihr werdet hier eingesetzt gegen die Kreuzberger, die für ihre berechtigten Forderungen kämpfen... Polizisten! Laßt Euch von Euren Führern nicht aufhetzen! Entscheidet Euch: Kein Polizeieinsatz gegen Kreuzberger - wir brauchen die Kinderpoliklinik hier."

Für diese in der Anklageschrift zitierten Flugblätter war Christian Heinrichs presserechtlich verantwortlich, und Sieghart Gummelt hat solche Flugblätter vor einer Polizeikaserne verteilt.  
**DIE KPD UND DAS BETHANIEN-KOMITEE TAUSENDE KREUZBERGER KÄMPFTEN FÜR EINE KINDERPOLIKLINIK!**

- weil es in diesem Westberliner Arbeiterviertel für 27 000 Kinder nur sechs Kinderärzte gibt!
- weil es in Kreuzberg kein Kinderkrankenhaus gibt!
- weil Mütter mit kranken Kindern stundenlang auf Behandlungen warten müssen, falls sie nicht gleich nach Hause geschickt werden!
- weil bei Unfällen und schweren Erkrankungen die Kinder teilweise stundenlang in Berlin herumgefahren werden müssen, da das nächste Krankenhaus kilometerweit entfernt liegt!

So sah und sieht die Gesundheitspolitik des Westberliner SPD-Senats und der Schmidt-Regierung aus! Kreuzberg ist kein Einzelfall. In ganz Westberlin wur-

**Forts. S. 2**

## 6. März Internationaler Arbeitslosentag

Seit über einem Jahr kämpft die ROTE HILFE in den Arbeitslosenkomitees gemeinsam mit den arbeitslos gewordenen Arbeitern für ihre minimalsten Rechte: überall auf den Arbeitsmärkten ist die gleiche Situation: Hausverbote, Polizeieinsätze, denen Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruch Beleidigung etc. folgen. Es ist die Logik der Kapitalisten, mit der verschärften politischen Unterdrückung in der Krise aufkommenden organisierten Widerstand gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen zu begegnen. Viele haben sich entschlossen in den Kampf gegen die politische Unterdrückung eingereiht, einige sind Mitglieder der ROTEN HILFE geworden. Sie ahnen erkannt, dass die Klassensolidarität stärker ist als alle Schikanen, sie haben erkannt, daß der individuelle Weg, das Betteln um Almosen zermürbend und aussichtslos ist. Gegen das ganze System von Arbeitslosigkeit, politischer Unterdrückung, Krise und Krieg den organisierten Kampf führen, das ist der Ausweg, den auch die ROTE HILFE weist.  
ZUM 6. MÄRZ, dem traditionellen INTERNATIONALEN ARBEITSLSEN-TAG haben die KPD, der KJVJ und die Arbeitslosenkomitees nach Duisburg zur Kampfdemonstration aufgerufen.

### INHALT

Zum Tode von Tschu En-lai	S. 3
Honecker-Clitque ändert SED-Programm	3
Polizeimord an türk. Arbeiter	4
Anklage wegen "Freiheit für Horst Mahler"	4
Klaus Öllerer freigesprochen	5
Routhier-Prozesse	5
Horst Mahler an RHD	6
Kurzgeschichte	7
Zum 100. Geburtstag von Wilhelm Pieck	8

Forts.v.S.1

# STAATSSCHUTZPROZESS

den trotz größten Mangels an Kinderkliniken und -betten gleich weitere 350 Kinderbetten abgeschafft und dazu eine ganze Kinderklinik geschlossen. Das gleiche geschieht in der BRD: Wirtschaftsminister Riemer von NRW erlangt den sogenannten "Bettenberg" und gleichzeitig beschloß seine Regierung die Abschaffung von 5000 Betten.

Diese Politik der Verschlechterung der medizinischen Versorgung ist keine "Misswirtschaft", sondern verläuft systematisch, nach Plan, einem sozialdemokratischen Plan, der sich "Krankenhausfinanzierungsgesetz" nennt. Nach ihm müssen alle Krankenhäuser, die nicht mehr kostendeckend arbeiten, schliessen. Dagegen richtete sich der Kampf für eine Kinderpoliklinik ins Bethanien. Unter Führung der KPD gingen die Kreuzberger vor und griffen die Kumpanei von Kapitalisten, den Vertretern der niedergelassenen Ärzteschaft und den Regierungsvertretern an, die mit allen Mitteln des Betrugs, der Demagogie und des Polizeiterrors dieses schredliche Unrecht aufrechtzuerhalten versuchen - auf Kosten der Gesundheit von Arbeitern und des werktätigen Volkes.

Dieser gerechte Kampf soll als krimineller Gewaltakt verurteilt werden!

**VOM WEM GEHT DIE GEWALT AUS? WEM DIEN T DIE POLIZEI?**

Die Polizei als bewaffneter Arm der Bourgeoisie hat für "Ruhe und Ordnung" im Innern zu sorgen, notfalls mit Gewalt die Arbeiterklasse und die Volksmassen niederzuschlagen. Sie ist ein Instrument des bürgerlichen Staatsapparates, der die Herrschaft der Ausbeuter und Unterdrücker verteidigen soll. Sie ist ein Glied in der Kette, mit der die Bourgeoisie die Massen täglich zu knebeln und zu fesseln versucht.

Wer erschoss Benno Ohnesorg?  
Wer erschoss Georg von Rauch?  
Wer erschoss den türkischen Arbeiter Vahit Öner?  
Wer erschlug Günther Routhier?  
Wer versuchte den Streik der Ford-Arbeiter 1973 niederzuschlagen?  
Wer geht auf fast jede Demonstration mit Knüppel und Schild bewaffnet auf die Demonstranten los?

änderung, dem sogenannten "Gewaltparagraphen" sollen praktisch sämtliche demokratischen Rechte des Volkes aus den Angeln gehoben werden. Jeder aktive Streik, in dessen Verlauf Streikposten die Fabriken besetzen oder das Werk besetzt wird, ist nach diesem Recht eine Gewalttätigkeit.

Führen die Arbeiter und Volksmassen einen organisierten Kampf um ihre berechtigten Interessen, so ist das Gewalt, die Gewalt der Bourgeoisie, die täglich ausgeübt wird, soll eine gerechte sein. Eine, die zum Schutze des Volkes eingerichtet worden ist. Nein! Überall dort, wo die Massen um ihre berechtigten Interessen kämpfen, werden sie auf die konterrevolutionäre Gewalt treffen, der sie die gerechte revolutionäre Gewalt der Volksmassen entgegenzusetzen müssen.

In der Anklageschrift wird ständig von der "Bedrohung der Sicherheit der BRD und damit auch Berlins" gesprochen. Was für eine "Sicherheit" ist eigentlich gemeint? Ist der Schutz der Volksmassen und Deutschlands gemeint?

Nein! Sicherheit für das deutsche Volk kann es nur in einem unabhängigen, vereinigten, sozialistischen Deutschland geben. Sicherheit unter der Herrschaft der Bourgeoisie gibt es für die Volksmassen nicht. Gegenwärtig droht ein Dritter Weltkrieg durch das Ringen der beiden imperialistischen Supermächte, wobei der sowjetische Sozialimperialismus besonders gefährlich ist. Ein Teil unseres Landes wird von den Sozialimperialisten besetzt und steht unter sozialfaschistischer Diktatur. Auf deutschem Boden stehen sich die beiden Supermächte bis an die Zähne bewaffnet gegenüber.

Die Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin ist unmittelbar von den Sozialimperialisten bedroht. Nicht die deutsche Arbeiterklasse hat diesen Zustand herbeigeführt, sondern die Spaltung Deutschlands ist von dem damaligen Hauptfeind, dem USA-Imperialismus, gegen das deutsche Volk durchgeführt worden. Heute wird sie von den Sozialimperialisten und der neuen Bourgeoisie in der DDR aufrecht erhalten. Die Bundesregierung und der BGH, die frech behaupten, Westberlin sei ein Teil der Bundesrepublik, so auch

## WELCHES ZIEL VERFOLGT DIE BOURGEOISE MIT DIESEM PROZESS?

In der Anklageschrift heisst es: "(Die KPD) strebt die gewaltsame proletarische Revolution an, d.h. den bewaffneten Volksaufstand, wodurch sie die innere Sicherheit der BRD beeinträchtigen will. Die Angeschuldigten hatten die Absicht, durch Verbreiten der Flugblätter an Polizeibeamte die Ziele der KPD zu unterstützen, indem sie die Bereitschaft der Polizeibeamten, in Kreuzberg für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, zu schwächen versuchten. ... Aus den vielen Hinweisen darauf, daß die Revolution nur durch den bewaffneten Kampf des Volkes erreicht werden kann, folgt, daß bewaffnete Volksmassen die innere Sicherheit der BRD und damit auch Berlins, beeinträchtigen wollen. Daß die KPD ernsthaft daraufhin arbeitet, folgt aus ihrem oben geschilderten Verhalten in der Bethanienkampagne."

Das war ursprünglich der Hauptanklagepunkt. Er musste jedoch fallengelassen werden, da die KPD nicht verboten ist. Es wird hier klar das Ziel formuliert. Wenn die Frage der Verfassungsverfehlung nicht aufgenommen wird, so



bedeutet das keine Änderung des Ziels der Bourgeoisie, sondern den Versuch durch die Kriminalisierung des gerechten Kampfes der Volksmassen, sie einzuschüchtern und die Kommunisten von den Massen zu isolieren.



Der Antragsgegnerin wird bei Verurteilung eines vom Gericht für jeden Fall der Beweismittel festzustellenden Ordnungsgeldes bis zu 500.000,- DM oder Ordnungshaft bis zu 2 Jahren unterstrafungs-transparente, Spruchbänder oder Aushänge jeder Art und jeglichen Inhalts in ihrer Wohnung außen oder innen äußerlich sichtbar - anzubringen oder die Anbringung durch andere Personen zu dulden.

1 Berlin 61, den 4. Februar 1975  
Antsgericht Tempelhof - Kreuzberg -  
Humbert,  
Richter am Antsgericht Beglaubigt durch die Zustellung  
A u t e n t i c  
( ) Justizangestellte  
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle  
des Antsgerichts Tempelhof - Kreuzberg

Schon während der Kämpfe um die Kinderpoliklinik wurde versucht, den Kampf der Kreuzberger Bevölkerung mit Justiz-Schikanen zu unterdrücken. Hier werden den Hausbewohnern 500.000,- DM Strafe für die ausgehängten Transparente angedroht.

## Freispruch für Christian Heinrich und Sieghart Gummelt! Weg mit den Staatsschutzgesetzen!

Prozessblatte: 17. 2. / 19. 2. / 20. 2. / 21. 2. /  
26. 2. / 27. 2. / 2. 3. / 4. 3. / 5. 3. / 9. 3.  
Kriminalgericht Tiergarten - Turmstrasse

## GROSSVERANSTALTUNG: 16.2.76 Westberlin




Bild: Die Hauptfeldtrager der miserablen medizinischen Versorgung, die Kreuzberger Kinder, schlossen sich zahlreich dem Kampf an.

Das ist die Polizei. Vor Gericht steht nicht die Polizei, nein im Prozess gegen Christian Heinrich und Sieghart Gummelt bilden sie die Zeugen. Außer einem Arzt handelt es sich ausschließlich um Polizisten höheren und niederen Ranges.

Sowie die Kreuzberger unter Führung der KPD sich zusammenschlossen im Kampfkomitee Bethanien, sowie die Bevölkerung von Whyll sich gegen die Vernichtung fruchtbaren Anbaubedees durch den Bau eines unsicheren Atomkraftwerks und die Bevölkerung von Nordhorn Range sich gegen den ungeheuren Lärm von Düsenjägern wehrte, Barrikaden errichtete, das Gebiet besetzte, all das sollen kriminelle Gewaltakte sein. Mit der neuen Strafrechts-

die Anklageschrift, ist Staats- und Völkerrechtlich falsch. Die Berlinfrage kann so nicht gelöst werden. Nicht die Kreuzberger bedrohen die Sicherheit der BRD und Westberlins, sondern diejenigen Kräfte, die den Agenturen der Sozialimperialisten in die Hände arbeiten, der DKP/SEW. Im Kampf um eine Kinderpoliklinik ins Bethanien führte die KPD und das Bethanien - Komitee einen entschiedenen Kampf gegen die modernen Revisionisten, die sich selbst für ein Künstlerzentrum einsetzen, schon schießend auf die Posten, die sie sich dort erschleichen wollten und die sie auch heute inne haben. Es ist geradezu eine Provokation, wenn die Anklageschrift ständig von der Bedrohung der Sicherheit spricht.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!



## Rotes Banner

An die Rote Hilfe  
1W Ants-Berlin  
Lieber Genosse Kanzelmann!

Rote Hilfe tut Not, das meinen auch wir die Marxisten-Leninisten in der BRD. Die Arbeiterklasse in unserer Stadt hat derzeit zu großen Klammerschmerzen, deshalb nicht sich die Bourgeoisie gezeugen ihren Terror gegen Kommunisten und Demokraten nicht zu verschaffen. Die zahllose politischen Gefangenen in von den Angestellten der Bourgeoisie geschwungen, nimmt auch in unserer Stadt zu. Für die BRD-Führungselite existiert diese Realität natürlich nicht, in ihrer sogenannten Arbeiterzeitung "Die Einheit" wird immer auch kein Wort über die politischen Gefangenen in Westberlin und in revisionistischen Ländern geschrieben. Unter den politischen Gefangenen und Verfolgten in den revisionistischen Ländern verstehen wir aber nicht solche Personen, die die Konterrevolutionäre Solchenzlym und Ischwarz, sondern unsere mutigen Genossen, die der kommunistischen Partei Polens die Solidarität gegen die trotzkistische Gierke-Clique für die gleiche Richtung der Diktatur in Proletariat in Polen beschließen und in den Reihen der Pionier-Clique schwächen.

Die einheitliche Arbeiterklasse führt einen gemeinsamen Kampf gegen die von Gladstone Verbrechenorganisation des USA-Imperialismus, in den Streit gehobene Pionier-Bewegung. Für das christliche Volk werden die Worte Karl Liebknechts: "Die Bestiegten von heute werden die Sieger von morgen sein!" Gemeint sein.

Feiner gehört unsere volle Solidarität des kommunistischen Antifaschisten Kampfes die brutale Verfolgung der französischen Clique aufgesetzt sind. Doch der Tag ist nicht mehr fern, so das spanische Volk die Fortschrittliche Volkspartei Spanien umzuformen werden kann. Das wird auch der Revisionistenführer Carillo nicht verhindern können.

Deshalb wollen wir Marxisten-Leninisten in der BRD auch in Zoku Rote Hilfe sein, und haben unter den Bedingungen scharfster revisionistischer Verfolgung eine Sammlung unter Kollegen, Freunden und ehrlichen Genossen der BRD durchgeführt.

Das Ergebnis unserer ersten Sammlung beträgt DM 14.280,-

Hoch die internationale Solidarität! Solidarität hilft siegen  
Freiheit für Horst Mahler!  
Scheitert Rote Hilfe, denn Rote Hilfe tut Not!  
Es lebe die Volksrepublik China, das Bollwerk der Weltrevolution!  
Es lebe die Volksrepublik Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa!  
Es lebe Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tse Tung und Z. Hoza!

# Genossen Tschou En-lai ewiges Angedenken

Am 8. Januar dieses Jahres ging eine Nachricht um die Welt, die die Arbeiterklassen und die Völker aller Länder mit tiefempfundener Trauer erfüllte: Genosse Tschou En-lai, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Ministerpräsident des Staatsrats der Volksrepublik China war im Alter von 78 Jahren nach langer Krankheit verstorben.

Sein Leben gehörte der Kommunistischen Partei Chinas und dem chinesischen Volk, das er an der Seite des Vorsitzenden Mao auf dem Weg in ein neues sozialistisches China führte. Sein Leben gehörte der Weltrevolution, auf deren Weg das revolutionäre China den Völkern der Welt voranschreitet. Genosse Tschou En-lai war Mitbegründer der KPCh. In einem langen kamperfüllten Leben verfocht er aufrichtig, standfest und ergeben den Marxismus-Leninismus und die Linie des Vorsitzenden Mao Tseung im Kampf gegen die chinesische einheimische Reaktion, gegen die ausländischen Aggressoren und gegen die Feinde der Arbeiterklasse in den eigenen Reihen. In einem Nachruf, den Genosse Teng Hsiao-ping namens des ZK der KPCh erstatte, reif er auf:

"Wenn wir das Andenken des Genossen Tschou En-lai ehren, dann müssen wir uns begeistern lassen von seiner unfehlbaren Treue zum Marxismus, zum Leninismus und den Maoistengedanken... Wir müssen uns begeistern lassen von den großartigen Eigenschaften, die er personifizierte: Mit ganzem Herzen dem Volke dienen. Als proletarischer Revolutionär und als Staatsmann des neuen China gewann er hohes Ansehen in aller Welt. Sein bescheidenes und besonnenes Auftreten, sein offenes und vorbildliches Verhalten, voll Ausdauer und Schlichtheit haben ihn unangreifbar gemacht für die Angriffe sämtlicher Reaktionäre, haben ihm die Liebe

und das Vertrauen der Völker aller Länder erworben.

Im Januar 1975 erstattete Genosse Tschou En-lai auf der 1. Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses der VR China den "Bericht über die Tätigkeit der Regierung".

Seine Ausführungen über den Weg der internationalen Arbeiterklasse, der Völker und Nationen sind auch für unser Volk Richtschnur seiner Befreiung. Nachdem er die Rivalität der beiden Supermächte USA und Sowjetunion herausgestellt hatte, die die Völker mit einem Weltkrieg bedroht, beschrieb er den erstarkenden Kampf der Dritten Welt gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniestreben und führte dann aus:

"Wir unterstützen die Staaten und Völker der Zweiten Welt in ihrem Kampf gegen Kontrolle, Bedrohung und Schikane durch die Supermächte. Wir unterstützen es, daß sich die westeuropäischen Staaten in diesem Kampf vereinigen."

Unser Volk kennt Genossen Tschou En-lai seit Jahrzehnten als Verfechter seiner nationalen Unabhängigkeit und Einheit. Im Jahre 1954, als in erster Linie die US-Imperialisten Deutschland spalteten und schikanierten, besuchte er die DDR und wurde von den Werktätigen Berlins herzlich begrüßt. Seine Worte von damals sind uns überliefert:

"Das deutsche Volk steht in seinem gegenwärtigen unbeugsamen Kampf für die fried-

Bild:  
Bei seinem Besuch in Ostberlin im Jahre 1954 wurde Tschou En-lai von der Bevölkerung der DDR herzlich begrüßt.



liche Wiedervereinigung seiner Heimat keineswegs allein. Der Kampf findet die Unterstützung der friedliebenden Völker der ganzen Welt. Ich bin tief überzeugt, daß die Sehnsucht des deutschen Volkes nach der friedlichen Wiedervereinigung seiner Heimat ganz bestimmt erfüllt werden wird... Es lebe die Wiedervereinigung und die nationale Unabhängigkeit Deutschlands!"

Dies ist ein Beispiel, wie der Genosse Tschou En-lai bewaffnet mit dem Marxismus-Leninismus und den Maoistengedanken die Völker der Welt und besonders unser Volk ermutigte, den Weg zu Freiheit und Sozialismus, den Weg des Sieges einzuschlagen.

Genosse Tschou En-lai wird ewig unvergessen bleiben!

stationierten sowjetischen Truppen waren einst ein Garant der antifaschistischen Umgestaltung und ein Schutz vor den Übergriffen der Westalliierten und darum sollte ihr Aufenthalt von Anfang an begrenzt sein.

## Vertiefung der Spaltung Deutschlands

Heute sind sie immer noch da in nie dagewesener Stärke, aber ihr Auftrag hat sich gewandelt, sie garantieren heute die koloniale Abhängigkeit der DDR von Moskau, sie sind zu Besatzertruppen geworden. Diese Entwicklung findet ihren bisherigen Gipfel in dem zur Vorbereitung des IX. Parteitages vorgelegten Revisionsentwurf des Programms der SED.

Darin wird die "Entwicklung der sozialistischen Nation" auf dem Boden der DDR festgestellt, den Arbeitern der DDR wird ein "sozialistisches Nationbewußtsein" angegedichtet - im Gegensatz dazu hätten die Arbeiter in der BRD ein "kapitalistisches". Das hat nur den Zweck, die revolutionären Bindungen der Arbeiter beider Teilstaaten abzuschneiden. Nicht nur, daß damit die Spaltung Deutschlands zementiert wird, nein, die Honecker-Clique will zwei Nationen auf deutschem Boden entstehen lassen, eine "kapitalistische" und eine "sozialistische", die im Gegensatz zueinander stehen und nennt diese Entwicklung "unumkehrbar". Das Hauptziel des Staatsvertrages von 1955, die "Wiederherstellung der Einheit Deutschlands" verwandelt sich gemäß dem Programmentwurf in folgende "wichtigste Aufgabe":

"Sie (die SED-Red.) sieht ihre wichtigste Aufgabe in der Entwicklung der allseitigen brüderlichen Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR, deren feste und dauerhafte Grundlage der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 7. Oktober (1975) bildet."

Wie die "allseitigen brüderlichen Beziehungen" aussehen, ist bekannt: Auf der internationalen Bühne wird die DDR zum treuesten Vasallen des expansiven Kurzes des sowjetischen Sozialimperialismus. Sie unterstützt die Infiltration und Unterjochung der Länder der Dritten Welt lautstark und mit der Entsendung von Technikern und finanzieller Hilfe. Sie unterwirft sich der Ausplünderung der osteuropäischen Länder durch den "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW). Die staatliche Souveränität

wird durch die Anerkennung der Breschnew-Doktrin preisgegeben. "Die staatlichen Organe fördern und realisieren die brüderliche Zusammenarbeit mit der Union der sozialistischen Sowetrepubliken" wird programmatisch festgehalten. Das soll heißen: Von der Staatsführung bis hinunter zur Polizeistation soll den sowjetischen Unterdrückungsspezialisten Zugang zu den Machtorganen der DDR gesichert werden. Es reicht nicht, daß in den Gefängnissen der DDR hunderte wegen "antisozialistischer Hetze" eingekerkert sind, es sollen auch die berichtigten Methoden der sozialimperialistischen KZ-Psychiatrie die Unterdrückung brutalisieren. Wie allgemein bekannt ist (vgl. auch RHZ 1/76) werden die politischen Gegner der Kreml-Zaren unter Umgehung öffentlicher Prozesse in psychiatrische Kliniken gesperrt, nachdem ihr Widerstand zur psychischen Krankheit erklärt wurde. Die Diagnose lautet z. B. "Schizophrenie mit gesellschaftsfeindlichen Tendenzen", "missionarischer Eifer" oder "reformistische Zwangsvorstellungen".

## völlige Kontrolle durch Moskau

Die sowjetischen Sozialimperialisten, die die DDR bereits in quasi-kolonialer Abhängigkeit halten, verschärfen die politische Repression - was kann das anderes heißen, als daß sie den Widerstand der Werktätigen zu fürchten haben! Die revolutionären Kräfte in der DDR, auch die Arbeiter in den revisionistischen Organisationen werden die neuerliche Schmach des SED-Programmverwurfes nicht hinnehmen. Sie werden das Banner der Unabhängigkeit, der nationalen Einheit und des Sozialismus wieder erheben. Aber sie sehen sich einer wohl durchorganisierten Unterdrückungsmaschine gegenüber. Darum brauchen sie die Solidarität der ganzen deutschen Arbeiterklasse, brauchen sie unsere Unterstützung. Jeder Kontakt in die DDR, jeder Besuch muß genutzt werden, die Tatsachen über den Kampf unserer Klassenbrüder und über die politische Unterdrückung in der DDR ans Tageslicht zu bringen und die Unterstützung der Verfolgten zu organisieren. Die Kreml-Zaren und ihre Lakaien in Pankow sollen nicht glauben, daß sie lange Ruhe haben werden! "Die Hitlers kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibt bestehen!" (Stalin)

## »Die Arbeiterklasse ist nicht geteilt«

(Tschou En-lai, 1954)

### Honecker-Clique ändert Programm der SED - im Auftrag Breschnews

Im nebenstehenden Nachruf auf den Genossen Tschou En-lai wird berichtet über seinen Einsatz für die Einheit der deutschen Nation. Angesichts der Spaltung Deutschlands sagte er 1954:

"Die Arbeiterklasse ist nicht geteilt... Trotz der Spaltung Deutschlands gibt es nur eine einheitliche Arbeiterklasse. Auch Deutschland wird wieder geeint sein." Es stimmt völlig überein mit der Haltung der deutschen Kommunisten. 1955 ließ es in einem Staatsvertrag der Regierung der DDR mit der Regierung der UdSSR:

"Zwischen den vertragschließenden Parteien besteht Übereinstimmung, daß es ihr Hauptziel ist, auf dem Wege entsprechender Verhandlungen eine friedliche Regelung für ganz Deutschland herbeizuführen. In Übereinstimmung hiermit werden sie die erforderlichen Anstrengungen für eine friedensvertragliche Regelung und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage unternehmen."

Das war 1955. Noch wurde in der Sowjetunion die Politik Stalins verfolgt, dessen Rote Armee an der Spitze des Befreiungskampfes der europäischen Völker gegen den Hitler-Faschismus gestanden hatte. Noch dominierten in der DDR die Kräfte, die im Aufbau der sozialistischen DDR ein Hinterland für die Revolution in ganz Deutschland schaffen wollten. Aber die Verräter an den Zielen der Arbeiterklasse, die modernen Revisionisten, waren schon zum Kampf um die Macht aufgebrochen. Sie sammelten sich in der Sowjetunion um Chruschtschow und in der SED-Führung um Ulbricht. Schritt für Schritt wurde in den folgenden 20 Jahren das Ziel der nationalen Einheit Deutschlands aufgehoben, verleugnet und in den Schutz getreten. Im selben Umfang, wie sich in der Sowjetunion eine neue Ausbeuterclique, die Chruschtschow, Breschnew und Co. ausbreiteten, vertieften sie die Spaltung der deutschen Nation, um den Teil Deutschlands, der ihnen zugefallen war, fest in ihre Abhängigkeit zu bekommen. Die in der DDR



Am 11. Dezember wurde der türkische Arbeiter Vahit Önlér in Kornwestheim auf offener Straße in brutaler KIller-Manier von einem Zivilpolizisten ermordet! Önlér arbeitete seit Jahren in der BRD, seine Aufenthaltsgenehmigung war bis Mitte 1977 gültig. Im Zuge der kapitalistischen Krise verlor er seine Arbeit und sollte am 11.12.75 von der Ausländerbehörde in seine Heimat abgeschoben werden. Um 11 Uhr wurde er von der Polizei im Arbeiterwohnheim abgeholt und in die Abschiebehafte verfrachtet. Wenige Stunden später, gegen 16.45 Uhr, wird er aus der Polizeizelle geholt, aus Angst vor Abschiebung nützt Önlér die Gelegenheit davonzulaufen. Der ihn begleitende Polizist, der unbewaffnet ist, nimmt die Verfolgung auf. Ein beim dortigen Revier stationierter Zivilpolizist, dessen Name wochenlang vertuscht wurde, verfolgt Önlér ebenfalls und erschießt ihn mit drei Pistolenschüssen aus einer Entfernung von 3 Meter.

Um diesen hinterhältigen Mord zu vertuschen, unternehmen Polizei und Staatsanwalt sofort alles Erdenkliche, nur nicht die Aufklärung des Mordes: sie erfinden eine Notwehr, eine Glasscherbe, mit der Önlér auf die Polizisten losgegangen sein soll, eine Rauschgiftaffäre, in die er verwickelt sei, und schließlich einen Mofa-Diebstahl, wegen dem er festgenommen worden sei (der Mofa-Diebstahl geschah eine Stunde nach der Festnahme!). Die

## Forts.v.S.1 türk.Patrioten

Flugzeugführer handle, die Sabotageakte usw. geplant hätten. Diese Meldungen wurden in der türkischen Presse groß herausgestellt und alle Namen der 4 türkischen Patrioten genannt. Das bedeutet, daß die vier türkischen Patrioten nach einer Abschiebung mit sofortiger Verhaftung und nach § 146 des Türkischen Strafgesetzbuches mit der Todesstrafe zu rechnen haben. "amnesty international" hat in einer Stellungnahme vom 1.2. bestätigt, daß sie bereits gesucht werden. Die ATÖF (Studentenföderation der Türkei in der BRD und Westberlin) schreibt dazu über die gegenwärtige Lage in der Türkei:

"In den letzten 10 Wochen wurden in der Türkei 67 Jugendliche, Arbeiter, Bauern und Lehrer auf offener Straße von staatlichen und zivilen Terrorbanden, von Polizei, Gendarmerie und zivilen faschistischen Banden ermordet. In den Gefängnisse werden hunderte Patrioten gefoltert... In den Staatsschutzgerichten werden Terrorurteile gefällt."

### AUS DEM URTEIL

In der Urteilsbegründung des Kommunistenjägers Somoskeoy wird deutlich, warum die Klassenjustiz und die westdeutschen Behörden einen so erbitterten Kampf gegen die türkischen Patrioten führen: "Bei den Angeklagten handelt es sich um eine Gruppe, die sich der marxistisch-leninistischen, maoistischen Ideologie verschrieben hat. Dies setzt eine straffe Organisation voraus. Das ergibt sich aus den Schriften." Mehr als den Besitz von marxistisch-leninistischer Literatur konnte das Urteil also nicht nennen zur Stützung der Anklage "kriminelle Vereinigung"! "Der Zweck, strafbare Handlungen zu begehen, liegt nach Ansicht des Gerichts dann vor, wenn Organisationen Straftaten

## Stuttgart: ROTE HILFE und KPD zerrissen Notwehr-Lüge

# Brutaler Polizeimord an Türken

Staatsanwaltschaft: "Wir prüfen, ob der Tatbestand der Notwehr oder der putativen (vermeintlichen) Notwehr gegeben ist. Ehe dieses Ergebnis vorliegt, können wir kein abschließendes Urteil geben"(Stuttgarter Nachrichten 13.12.75). Also: Notwehr oder eingebildete Notwehr, eine dritte Möglichkeit kann es nach der Logik dieser "Ermittler" nicht geben! Die bürgerliche Presse übernahm diese Versionen, um dann eine Woche die Sache totzuschweigen.

Erst als der Türkische Arbeiterverein eine Pressekonferenz durchführte, als ein von der KPD und der ROTEN HILFE initiiertes Ermittlungsausschuss mit Gegenermittlungen begann, als am 24.12. in Kornwestheim 500 Türken und Deutsche, aufgerufen vom Türkischen Arbeiterverein, der KPD und der ROTEN HILFE, die Arbeitersolidarität gegen die Ermordung ihres Klassenbruders demonstrierten, da brach das ganze Lügengebäude der Polizei und des Staatsanwalts zusammen. Nochmals versuchten sie ihre "Putativnotwehr" an den Mann zu bringen, präsentierten "Zeugen", die sogar ein Bell und ein Messer in den Händen Vahit Önlérs gesehen haben wollten, und die Polizeierwerkschaft beilegte sich, dem Mörder Rechtsschutz zu gewähren. Aber selbst die sonst reibungslos funktionierende gleichgeschaltete bürgerliche Presse, die z. B. im Falle der Ermordung von Günther Routhier offen das terroristische Vorgehen des Staatsapparates deckte, konnte durch die Enthüllungen des Ermittlungsausschusses an den Tatsachen nicht mehr vorbeigehen.

Schnell hatte der Ermittlungsausschuss die wirklichen Zeugen des Mordes ermittelt. Ein jugoslawischer Arbeiter sagte aus: -daß Vahit Önlér unbewaffnet gewesen sei, -daß er die Hände erhoben habe, als er von dem Zivilpolizisten gestellt worden sei,

-daß der Zivile auf den am Boden liegenden Önlér noch einen Schuß abgegeben habe!



Die Dokumentation ist zu beziehen über: KPD 7 Stuttgart 1, Forststr. 192

Die Bevölkerung ist empört über den Mord und die Vertuschungsversuche von Staatsanwalt und Polizei. In der Aufdeckung dieses neuerlichen Polizeiskandals machte die ROTE HILFE und die KPD deutlich, daß dieser Mord in einer Reihe steht mit der Erschlagung des kommunistischen Arbeiters Routhier, der Erschießung von Jendrian in München, von Remiszko in Mannheim, der Ermordung des Schotten McLeod in Stuttgart, daß diese Polizeimorde brutale Anschläge auf die Rechte der Arbeiter und Werktätigen in unserem Lande sind und im Zusammenhang stehen mit der reaktionären Formierung des Staatsapparates, angefangen von den Notstandssetzungen bis hin zur eben durchgepeitschten

gedanklich oder tatsächlich in ihre Planung mit einbeziehen. In den gefundenen Schriften (es handelt sich hauptsächlich um die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung -Red.) wurde Gewalt so oft angesprochen, daß es kein Zufall sein kann. Als Ziel des Kampfes wird der Volkskrieg propagiert." Nach diesen Ausführungen gibt Somoskeoy den weiteren Kurs der Justiz an und weist auf "deutsche Gruppen und Parteien hin, auf die das gleiche zutrifft!" wie für die türkischen Patrioten.

Die ROTE HILFE hat gemeinsam mit der KPD sofort nach Bekanntgabe der drohenden Abschiebung der vier Patrioten aus der Türkei den Kampf für die Gewährung des politischen Asyls begonnen. Noch in derselben Woche wurde eine Dokumentation über den Prozess, Leseplakate und Unterschriftenlisten herausgegeben.

In Köln besteht schon jetzt eine breite Bewegung gegen die drohende Abschiebung. Mehrere ausländische Organisationen wie die ATÖF, FRAP (Revolutionäre, antifaschistische und patriotische Front Spaniens)

und die FIS (Mitglied der Konföderation iranischer Studenten) beteiligen sich am Kampf gegen die drohende Abschiebung. Amnesty International hat sich inzwischen eingeschaltet und plant, eine Presseerklärung gegen die Abschiebung heraus-

zubringen. Die Anwälte von Mustafa Tutgun haben eine Presseerklärung veröffentlicht, das "Kritische Tagebuch" von WDR III hat in seiner Sendung vom 30. Januar die Stimme gegen die geplante Abschiebung erhoben." Und was eine Abschiebung für die bedeutet, mag jeder leicht ermesen, der mit den gegenwärtigen Verhältnissen in der Türkei nur einigermaßen vertraut ist."

Inzwischen sind Ömer und Mustafa bereits von Köln-Ossendorf in das Gefängnis Duisburg-Ruhrort geschafft worden, der letzten Station vor der Abschiebung!

### BETEILIGT EUCH AM KAMPF GEGEN DIE ABSCHIEBUNG DER TÜRKISCHEN PATRIOTEN!

Unterstützt die untenstehende Protesterklärung der ATÖF!

AN DEN HERRN BUNDESKANZLER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND / BONN  
AN DEN HERRN INNENMINISTER VON NORDRHEIN-WESTFALEN / KÖLN  
AN RICHTER HENRY VICTOR DE SOMOSKEOY/KÖLN APPELLHOFPLATZ

Ich protestiere aufs schärfste gegen die geplante Auslieferung der 3 türkischen Patrioten Ömer Özerturgut, Mustafa Tutgun, Hatice Yurttas, die sich seit dem 4. Mai 1974 in der Isolationshaft in Köln befinden, an die Henker des türkischen Geheimdienstes MIT. Ich betrachte die geplante Abschiebung als einen Racheakt von Richter de Somoskeoy, der seit dem 16. September 1975 vergeblich alle nur erdenklichen Mittel eingesetzt hat, um die türkischen Patrioten zu jahrelangem Kerker zu verurteilen. Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, daß eine solche Abschiebung und Auslieferung an die MIT-Henker die 3 türkischen Patrioten das Leben kosten kann. Ich betrachte eine solche Auslieferung als einen wiederholten Angriff auf das Volk der Türkei, das trotz aller Tyrannei und Unterdrückung den Kampf für nationale Unabhängigkeit und Demokratie gegen die beiden imperialistischen Supermächte, die USA und die UdSSR und gegen ihre Helfershelfer, die Faschisten und Revisionisten führt. Ich fordere die sofortige Freilassung von Ömer Özerturgut, Mustafa Tutgun und Hatice Yurttas.

Strafrechtsänderung, mit der die gerechte Gewalt des Volkes kriminalisiert werden soll.

Staatsanwalt und Polizei, dadurch in die Enge getrieben, versuchten mit ihren Methoden, diese Wahrheit zu verhindern: am 14.1. wurden zwei ROTE HELFER bei der Agitation auf der Straße verhaftet. Der jugoslawische Kollege, Augenzeuge des Mordes an Önlér, der mutig auf der Veranstaltung des Ermittlungsausschusses berichtete, was er gesehen hatte, wurde von der Kripo verfolgt, seine Personalien festgestellt, auf seiner Arbeitsstelle tauchten uniformierte Polizisten auf! Und die presserechtlich Verantwortliche des Ermittlungsausschusses wurde als Zeugin (!) beim Staatsanwalt vorgeladen!

Doch trotz aller Einschüchterungen kamen zu der Veranstaltung des Ermittlungsausschusses am 17. Januar 170 Menschen, davon 30 türkische Kollegen. Das war Ausdruck dafür, daß deutsche und ausländische Arbeiter im Kampf gegen derartige Überfälle zusammenstehen. So sagte ein Sprecher der Patriotischen Einheitsfront der Türkei: "Dieser Mord betrifft nicht nur ausländische, sondern jeden deutschen Kollegen. Und nicht nur die deutschen, sondern alle Arbeiter der Welt. Jeder Kampf muß im Sinne der Weltrevolution geführt werden." Ein Vertreter des Türkischen Arbeitervereins berichtete, daß Önlérs Mutter eine Prozeßvollmacht für den Prozeß gegen den Mörder, den Polizisten Weiß geschickt habe. Eine erfolgreiche Spendensammlung für die Mutter von Vahit Önlér und die Arbeit des Ausschusses, eine fast einstimmig angenommene Resolution (einzige Gegenstimme von einem RHD-Mitglied) zeigten die Solidarität und die Entschlossenheit, den Kampf für die Bestrafung des Mörders, gegen den Polizeiterror fortzusetzen.

AUFLÄNDISCHE UND DEUTSCHE ARBEITER - EINE KAMPFFRONT!  
SCHAFFT ROTE HILFE!  
Spendet für die Arbeit des Ermittlungsausschusses und die Hinterbliebenen des ermordeten Vahit Önlér!  
(PschKto 160821-709 Stuttgart, Sabine Menke, Kenwort: Vahit Önlér)

## Lübeck: Anklage wegen

### FREIHEIT

## FÜR HORST MAHLER

Der Genosse E. Kibbel, Kandidat der KPD bei den Landtagswahlen 1975 in Schleswig-Holstein, wird von der Staatsanwaltschaft in Lübeck angeklagt, weil er sich eingereicht hat in den Kampf für die Freilassung des Genossen Horst Mahler.

Vorgeworfen wird ihm, die "BRD öffentlich und durch Verbreiten von Schriften oder eines der Länder der BRD oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht zu haben." (§ 90a STGB) Ferner wird er wegen Hausfriedensbruch und weil er beschlagnahmte Schriftstücke ansichgenommen habe, angeklagt.

Am 7. Oktober 1975 hatte der KSV an der Fachhochschule in Lübeck eine Wandzeitung mit der Forderung FREIHEIT FÜR HORST MAHLER sowie das Plakat der ROTEN HILFE aufgehängt. Obwohl der ASTA (Allgemeiner Studentenausschub) das Aufhängen von Plakat und Wandzeitung unterstützte, riß der stellvertretende Präsident der Fachhochschule Lübeck, Holst, sie wieder ab und nahm sie an sich. Dieser Herr Holst sah in der Forderung FREIHEIT FÜR HORST MAHLER u.a. "eine Werbung, die gegen die Rechtsordnung verstößt."

Der Genosse E. Kibbel forderte am anderen Tag Holst auf, die gestohlenen Plakate herauszugeben. Als der sich weigerte, nahm der Genosse die Plakate an sich und ging. Kurz darauf führte der KSV eine Kundgebung gegen das reaktionäre Verhalten von Holst durch. Holst ließ die Plakate holen, weil der Genosse E. Kibbel, der

Klaus Öllerer, der mit der Anklage der "Wehrkraftzersetzung" vor Gericht gezerzt wurde, mußte freigesprochen werden. Ursprünglich sollte aus diesem Prozeß etwas großes werden: Die Anklageschrift befaßte sich auf 57 (von 60) Seiten mit der Politik der KPD. Der Prozeß wurde aufs flache Land nach Windisch-Evern, einem Dorf bei Lüneburg verlegt, eine Stammheimer Szenerie wurde aufgebaut. Der STERN enthielt in diesem Zusammenhang die Lügen des Gerichts (kein Saal frei im Lüneburger Gericht) und wies nach, daß das ganze auf Weisung des Innenministeriums so ablief. Er spottete: "... hinter Stacheldraht und Scheinwerfern, Funkwagen und Rotkreuzzellen, bewacht von 10 Polizisten mit Maschinepistolen wird hier seit 6 Wochen Rechtspflege betrieben."

Die offensive Verteidigung des Genossen Öllerer brachte Erfolg. Er bekannte sich zur Arbeit der KPD in der Bundeswehr und kehrte den Vorwurf der Wehrkraftzersetzung gegen die "Entspannungspolitik" der Bundesregierung. Die Bundeswehrführung, Leber, Schmidt und Konsorten sind es, die die Sicherheit der BRD gefährden:

Sie sind es, die die besondere Aggressivität des russischen Sozialimperialismus verhärmlos und mit die Werbetrömmel für die "Entspannung" rühren! Sie ketten unser Land völlig an den USA-Imperialismus und geben es Kissingers Atomschlag-Strategie preis! Sie sind es, die die Verteidigungsbereitschaft und den Zusammenschluß der europäischen Staaten gegen die beiden Supermächte sabotieren!

Sie bereiten die Bundeswehr nicht auf die drohende Kriegsgefahr vor, sondern wollen mit Drill, Schikane und politischer Unterdrückung die Soldaten zum Kadavergehorsam und damit zum Einsatz gegen die Länder der Dritten Welt und gegen das eigene Volk vorbereiten!

Dem setzte Klaus Öllerer die Linie der Kommunistischen Partei entgegen:

"Unsere Antwort auf die drohende Kriegsgefahr muß die Stärkung der internationalen Einheitsfront gegen die beiden Supermächte und die Vorbereitung des nationalen Vertei-

digungskrieges unter der Führung der Arbeiterklasse sein. Nur dies ist der Garant dafür, die alten und neuen Ausbeuter davon zujagen und das deutsche Volk wiederzuvereinigen in einem unabhängigen, vereinten und sozialistischen Deutschland!"

Das Gericht kam zu dem Schluß, daß das "Parteienprivileg" (das Recht der KPD zur Ausübung der programmatisch festgelegten Politik) Klaus Öllerer vor einer Bestrafung schützt. Hier ist ein Richter aus der Reihe getanz, bzw. er hat sich in seiner Ratlosigkeit gegenüber dem offensiven Kurs des Angeklagten hinter demokratischen Regeln verschanzt, die seit jeher und tagtäglich in Prozessen gegen Kommunisten durchbrochen werden. Wir wissen, daß auch die Aufhebung des Parteienprivilegs für die Kommunistische Partei für die Bourgeoisie "allein eine Frage der Zweckmäßigkeit" ist. Ein anderer Richter mag es morgen für "zweckmäßig" halten, Kommunisten zu verurteilen. Darum weiter im Kampf für die Freiheit der revolutionären Propaganda!

Genosse Ulrich Lenze, Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands, trat in dem Prozeß gegen Klaus Öllerer als Zeuge der Verteidigung auf. Der Genosse führte aus, dass die "Zersetzer" der Verteidigungskraft auf der anderen Seite der Barrikaden zu suchen sind und nicht in der Kommunistischen Partei. Die Verteidigung wehrlos zu machen sei eine Absicht der Agenturen des sowjetischen Sozialimperialismus, der DKP/SEW.

"WAS MUSS ZERSETZT WERDEN?!", so fragte der Genosse Ulrich Lenze vor Gericht.

"Unbedingt zersetzen und zerschlagen muss man die Politik und die Absichten derjenigen bürgerlichen Politiker und Militärexperten, die die Verteidigung unseres Landes, die Ausrüstung der Armee, Ausbildung der Soldaten usw. den Interessen und der Kontrolle der Supermächte ausliefern wollen. Zersetzen und zerschlagen muss man unbedingt eine Militärpolitik, die einerseits vor den Kriegsabsichten der Sozialimperialisten kapituliert und andererseits als Antwort nichts anderes bereithält, als die alles Leben vernichtende Atomschlagstrategie der USA. Zersetzen und zerschlagen muss man auch die Absichten und Pläne der Bourgeoisie, die Bundeswehr gegen fremde Völker und gegen das eigene Volk einzusetzen. Zerschlagen werden muss auch das Gewaltmonopol der Bourgeoisie.

Zersetzen und zerschlagen muss man schliesslich die Ideologie, die die Soldaten im Geiste des Kadavergehorsams, der politischen Blindheit und der politischen Unterdrückung und der militärischen Spaltung von ihren Klassenbrüdern in den Fabriken und im Volk erzieht." Der Genosse zeigte am Beispiel der Volksarmee in den sozialistischen Ländern Chinas und Albanien auf, daß ein Land sich gegen einen imperialistischen Überfall nur durch die Bewaffnung des ganzen Volkes, durch die Strategie des revolutionären Volkskrieges konsequent verteidigen kann. Der Genosse führte weiter aus:

"Grundbedingung für die Herstellung der Einheit Deutschlands und für die sozialistische Revolution ist heute der Kampf um Unabhängigkeit und Einheit gegenüber den Supermächten, vor allem dem sowjetischen Sozialimperialismus. In diesem Kampf strebt die Kommunistische Partei eine breite antihegemonistische nationale Einheitsfront an auf der Grundlage des Zusammenschlusses mit den Völkern und Staaten der Zweiten und vor allem der Dritten Welt. Langfristig aber wird in der Revolution mit der Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates auch die imperialistische Armee aufgelöst werden, und an ihre Stelle die Volksarmee treten."

\*\*\*\*\*

### Komitee Freiheit für H. Mahler

## PODIUMSDISKUSSION

20.2. im Ernst-Reuter-Haus

Westberlin, 19 Uhr

Thema: DAS URTEIL GEGEN HORST MAHLER - MEILENSTEIN IM ABBAU DER DEMOKRATISCHEN RECHTE

mit: Prof. Dr. G. Bauer, Berlin; Pastor H. Alibert, Berlin; RA H. Heldmann, Darmstadt; RA Ehrig, Berlin; Prof. O. Flechtheim, Berlin; RA Berthmann, Nürnberg; RA O. Schily, Berlin;



## Routhier-Prozesse

## Neue Gutachten werden Mord beweisen

"Märchenstunde ist morgen!" bekam der Sohn des kommunistischen Arbeiters Routhier zu hören, als er ausrief: "Mein Vater stirbt. Holt einen Arzt, er hat die Bluterkrankheit!" Die Duisburger Polizisten scherten sich einen Dreck um Routhiers Krankheit, stießen ihn in einen Polizeiwagen und ließen ihn auf den Boden fallen, nachdem sie ihn verprügelt und Treppen hinunter gestoßen hatten, sodaß er mit dem Kopf auf den Boden geschlagen war. Wenige Tage später war Günther Routhier tot. Er ist an den Folgen seiner Verletzungen, an den durch die Schläge und das Stoßen ausgelösten Blutungen gestorben. Das geschah vom 5. bis 16. Juni 1974. Die Märchenstunde findet gegenwärtig wöchentlich statt - in den Prozessen gegen diejenigen, die den Tod des Genossen Routhier als das bezeichnet haben, was er ist: Arbeitermord!

sich an der Kundgebung beteiligte, gegen das gegen ihn verhängte Hausverbot verstossen hätte.

Dieser Angriff gilt dem Kampf der ROTEN HILFE um FREIHEIT FÜR HORST MAHLER. Die Anklage nach § 90a STGB wird durch ein langes Zitat aus Wandzeitung und Plakat "begründet". Schon der Nachweis, daß gegen Horst Mahler ein reines Gesinnungsurteil gesprochen wurde, soll als Verbrechen verurteilt werden.

Aber der Versuch, den Kampf um die Freilassung von Horst Mahler und die Bezeichnung des Urteils als Schand- und Gesinnungsurteil als kriminell hinzustellen, wird sich für die Klassenjustiz als Bumerang herausstellen. Noch mehr Menschen werden von dem Gesinnungsurteil erfahren und sich einreihen in die Kampffront FREIHEIT FÜR HORST MAHLER!

Der Märchenerzähler ist Professor Adebahr. Sein Märchen heißt: Günther Routhier starb zufällig, an einer spontan aufgetretenen Blutung. Seine andächtig lauschenden Zuhörer sind die Klassenrichter, die gestützt auf Adebahrs "Gutachten" Geldstrafen über hunderttausende Mark verhängt haben, und die Oberstaatsanwaltschaft Düsseldorf, die mit Adebahrs Hilfe die Polizeischläger für unschuldig erklärte und die Einleitung eines Strafverfahrens gegen sie ablehnte. In Darmstadt hat das Amtsgericht jetzt Adebahrs "Gutachten" als ausreichend gehalten, obwohl die Verteidigung eine Stellungnahme des Professors Azzola von der juristischen Fakultät der Darmstädter Universität vorlegt, indem erhebliche Zweifel am "Gutachten" Adebahrs dargelegt wurden.

Aber: Arbeitermord bleibt Arbeitermord! Diese Wahrheit läßt sich nicht unterdrücken. Daß die Klassenjustiz ihre Urteile in den Routhier-Prozessen nur auf Lügen stützen kann und zum Nachgeben gezwungen ist, wenn die Angeklagten und die hinter ihnen stehende Solidaritätsfront einen zähen Kampf führen, das zeigte kürzlich wieder der Prozeß gegen den Genossen Uwe Carstensen.

Er war in erster Instanz zu 3000,- DM Geldstrafe verurteilt worden, weil er als presserechtlich Verantwortlicher für Flugblätter und die Zeitschrift INTERNATIONALE SOLIDARITÄT der Liga gegen den Imperialismus zeichnete, in denen der Arbeitermord angeprangert wurde.

In der Berufungsverhandlung wies er nach, daß Adebahrs Gutachten nur der Irreführung dient:

Wenn Adebahr in seinem Gutachten sagt,

daß bei Blutern wie Günther Routhier Gehirnblutungen spontan auftreten können, dann doch erst recht, wenn er mit dem Kopf auf den Boden geschlagen wurde. Diesen simplen Schluß umsegelt Adebahr jedoch trickreich, indem er mit keinem Wort auf die Entwicklung des Krankheitszustandes Routhiers innerhalb der 14 Tage seit seiner Entlassung aus dem Polizeirevier bis zu seinem Tod eingeht. Kein Wort von den schweren Kopfschmerzen und den Bewußtlosigkeiten, die sich nach der Prügelei der Polizisten einstellten!

Im Prozeß gegen Uwe Carstensen mußte das Gericht dem Antrag stattgeben, Zeugen des Polizeieinsatzes gegen Günther Routhier zu laden.

Dem Berufungsgericht erging es wie schon dem Amtsgericht Berlin Tiergarten und dem Amtsgericht Siegburg: Die Unglaublichkeit des "Gutachtens" wurde zu offensichtlich, als daß es weiterhin als Hauptstütze für eine Verurteilung hätte herangezogen werden können. In Siegburg forderten die Klassenrichter ein weiteres Gutachten von Adebahr an, und wiesen ihn an, auf die Krankengeschichte des Genossen Routhier einzugehen. In Berlin mußte das Amtsgericht Tiergarten in dem Prozeß gegen den presserechtlich verantwortlichen Genossen der RHZ, Hartmut Schmidt, anordnen, daß Prof. Walter Krauland, Leiter des gerichtsmedizinischen Institutes der Freien Universität Berlin, damit beauftragt wurde, ein medizinisches Gutachten über den Zusammenhang zwischen dem Tod des Genossen Routhier und den Polizeischlägen zu erstellen. (Aktenzetzel: AG Tiergarten, 277-118/75) (vgl. RHZ/75)

# VORWÄRTS IM KAMPF UM EINE ROTE HILFE!



Horst Mahler Tegel, den 21. 1. 1976

An die  
ROTE HILFE DEUTSCHLANDS

Genossen!

Ihr habt mich aufgefordert, Selbstkritik zu üben, weil Ihr meint, ich leugne die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution gegen die Bourgeoisie (vgl. "Rote Hilfe", Zeitung der RHD, Nr. 8/75). Nicht in meinen Erklärungen zu den Grundfragen der proletarischen Revolution und nicht in meinem Verhalten in den verschiedenen Kämpfen und Auseinandersetzungen seit 1967 weist ihr die Spuren des opportunistischen Sumpfes nach, in den ich geraten sein soll, sondern einzig und allein in der von euch behaupteten Tatsache, daß ich "von der Solidarität mit den übrigen RAF-Genossen abbrücke."

Ihr haltet die Gewalt, die die RAF angewendet hat, für revolutionäre Gewalt und folglich das Bekenntnis zu ihrer Politik für ein Bekenntnis zur Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution. Auf diese Annahme gründet ihr eure Solidarität mit der RAF. Die Schädlichkeit ihrer Politik begreift ihr als Fehler und nicht als Ausdruck des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Kleinbürgertum.

Ich sehe das anders, und unsere Meinungsverschiedenheit führt offensichtlich daher, daß ich den Klassencharakter der RAF anders einschätze als ihr und von einem anderen Begriff der revolutionären Gewalt ausgehe.

Die Geschichte kennt viele Beispiele dafür, daß der Fäulnisprozeß des Kapitalismus in kleinbürgerlichen Zwischenschichten gesetzmäßig reaktionäre Utopien hervorbringt, die aus dem Geleiste geworfenen Intellektuellen und Lumpenproletariern als ideologische Rechtfertigung für blind aufbegehrende und putschistische Gewaltaktionen gegen den bürgerlichen Staat und die von ihm geschützte Ausbeuterordnung dienen. Die verelendeten Kleinbürger, die in München am 9. November 1923 unter Hitlers und Ludendorffs Führung den "Marsch auf die Feldherrnhalle" unternahmen, waren von Verzweiflung gepackt, von Abenteuerlust fasziniert und beseelt von einer reaktionären Utopie. Sie waren nicht friedfertig, sondern gewalttätig wollten sie die "nationale Revolution" vollbringen. Sie marschierten gegen eine bürgerliche Regierung und kämpften gegen den dieser Regierung kontrollierten Staatsapparat. War das deshalb auch schon revolutionäre Gewalt? Die Faschisten wetterten gegen die "Plutokratie" und redeten viel von Revolution. Ihr Programm gaben sie als "nationalen Sozialismus" aus. Waren sie deshalb etwa Revolutionäre?

Wir haben eine andere Vorstellung von revolutionärer Gewalt. Die Frage der Gewalt als Mittel der gesellschaftlichen Interessenverwirklichung, mit der sich bürgerliche Liberale, Pfaffen und andere Reaktionen so ausgiebig herumschlagen, war für Marxisten-Leninisten nie ein Problem. Sie sind sich bewußt, daß wir in einer Klassengesellschaft leben, in der eine verschwindende Minderheit die überwältigende Mehrheit ausbeutet. Nur durch die gewaltsame Niederhaltung des Volkswiderstandes kann sich die Ausbeuterklasse an der Macht halten. Von ihr geht die politische, d. h. auf die Durchsetzung

## FÜR VOLLE KLARHEIT ÜBER DIE REVOLUTIONÄRE GEWALT

gesellschaftlicher Interessen zielende Gewalt aus. Wie sehr die Ausbeuterklasse auch abgewirtschaftet haben mag, wie verheerend die Krise immer sein mag, in die sie periodisch die gesamte Gesellschaft stürzt, - sie wird nie freiwillig von der geschichtlichen Bühne abtreten. "Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt." Die Arbeiterklasse muß, um sich zu befreien, die Gewalt der Ausbeuterklasse mit revolutionärer Gegengewalt brechen. Die von der revolutionären Klasse angewandte befreiende Gewalt ist revolutionäre Gewalt, - und "es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein."

Die Antwort auf die Frage, ob die von der RAF angewandte Gewalt auch revolutionäre Gewalt ist, hängt vom Klassencharakter der Politik der RAF ab. Den gilt es zu untersuchen!

Genügt es euch, daß die Kämpfer der RAF von der Vorstellung ausgehen, mit ihren Aktionen einen Beitrag zur Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparates zu leisten, und dabei durchaus auch die Befreiung der Arbeiterklasse beabsichtigen? Mit dieser Bescheidenheit landet ihr im Sumpf der bürgerlichen Moralphilosophie! Nach der Lehre des bürgerlichen Philosophen Immanuel Kant soll es für die Beurteilung der menschlichen Handlungen allein darauf ankommen, welche Vorstellungen und Absichten ihnen zugrundeliegen. Ganz sicher ist es kein Zufall, daß der Erzvater aller Revisionisten, Eduard Bernstein, auf dem Boden der Kantischen Philosophie stand.

Karl Marx dagegen lehrt uns, daß es auf die subjektiven Vorstellungen und Absichten der Menschen gerade nicht ankommt, sondern darauf, was sie objektiv bewirken und welche Klasseninteressen sich in ihren Handlungen ausdrücken. Danach ist nur diejenige Gewalt revolutionäre, die wirklich den objektiven Interessen der Arbeiterklasse dient, und sie dient nur dann diesen Interessen, wenn sie in einem inneren - nicht nur zufälligen und äußerlichen - Zusammenhang mit den Klassenkämpfen der revolutionären Klasse steht. Ob Gewalt befreiend wirkt, hängt nicht nur davon ab, wer die Schläge empfängt, sondern auch davon, wer sie ausstößt.

In einer im September 1974 verfaßten Kritik und Selbstkritik habe ich versucht, aufzuzeigen, daß der Politik der RAF "abstrakte kleinbürgerliche Freiheitsideen zugrundeliegen, die nichts anderes sind als der ideologische Ausdruck von kleinbürgerlichen Herrschaftsinteressen, also von Unfreiheit." Die Kämpfer der RAF bleiben mit ihrem "militarisierten moralischen Protest gegen die Verbrechen des Imperialismus" ihrer kleinbürgerlichen Herkunft und ihrem Klasseninteresse verhaftet. Die Arbeiter fühlen das, und das ist der eigentliche Grund, warum die RAF fünf Jahre nach Beginn ihres Kampfes mehr denn je isoliert ist.

Ihr selbst beurteilt die Politik der RAF als "schädlich"; aber ihr laßt euch von ihren revolutionären Phrasen täuschen, so als ob es noch nie dagewesen wäre, daß die kleinbürgerliche Reaktion sich ein sozialrevolutionäres Mäntelchen umhängt. In der Bundesrepublik kann das Kleinbürgertum heute eine fortschrittliche oder gar revolutionäre Rolle nur unter der Führung der Arbeiter-

terklasse spielen; aber gerade diese Führung fürchtet die RAF wie der Teufel das Weihwasser. Sie ist der zeitgemäße Ausdruck des militanten Anarchismus, der objektiv auf die "Unterwerfung der Arbeiterklasse und die bürgerliche Politik" abzielt (vgl. Lenin, "Anarchismus und Sozialismus"; LW Bd. 5 S. 337). Zwischen der anarchistischen Bewegung des Kleinbürgertums und der revolutionären Arbeiterbewegung besteht ein unversöhnlicher Gegensatz (vgl. Lenin in LW Bd. 27 S. 244). Folglich kann es zwischen der RAF und den revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse keine Solidarität geben.

Aber als Marxisten-Leninisten begreifen wir den Anarchismus wie jedes Ding als Einheit von Gegensätzen. Die Gefangenen der RAF sind durch die als unerträglich empfundenen Fäulniserscheinungen des Kapitalismus auf den Weg der Revolte getrieben worden. Den Tod nicht fürchtend, kämpfen sie mutig und entschlossen - nicht um des eigenen Vorteils willen, sondern für ihr Freiheitsideal. Das ist die fortschrittliche Seite des insgesamt reaktionären Anarchismus. An ihr knüpfen wir an mit unseren geduldigen Versuchen, die einzelnen Kämpfer der RAF für den revolutionären Kampf an der Seite der Arbeiterklasse unter Führung der bolschewistischen Partei zu gewinnen. Allein das ist der konkrete Inhalt der proletarischen Solidarität in unserem Verhältnis zu den Gefangenen der RAF. Darüberhinaus kämpfen die revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse selbständig, also auch unabhängig von der schädlichen Politik der RAF, gegen den Abbau der erkämpften demokratischen Rechte des Volkes, der gegenwärtig von der Bourgeoisie immer unter dem Vorwand der "Terroristenbekämpfung" vorangetrieben wird.

Viele Kollegen fragen: "Wie könnt ihr 'Freiheit für alle politischen Gefangenen!' fordern, wenn ihr damit auch die Gefangenen der RAF meint, die nach ihrer Freilassung vermutlich ihre schädliche Politik fortsetzen werden?" Wir müssen darauf eine klare und prinzipienfeste Antwort geben!

Wir fordern Freiheit auch für die Gefangenen der RAF, weil die Bourgeoisie kein Recht hat, die Kämpfer der RAF gefangen zu halten; denn deren anarchistischer Terror ist nur eine verzweifte Reaktion auf den weißen Terror der Imperialisten gegen die Völker der Welt. "Wir verbinden den Kampf um die Freiheit der Gefangenen der RAF mit einer schonungslosen Kritik ihrer reaktionären Politik. Unser ideologischer Kampf gegen den Anarchismus könnte als könnte als propagandistische Schützenhilfe für die Kopfgänger der Bourgeoisie mißbraucht werden, wenn wir nicht gleichzeitig dem imperialistischen Staat das Recht absprechen würden, den anarchistischen Widerstand gegen die Verbrechen des Imperialismus gewaltsam zu unterdrücken. Schließlich wird der Kampf der revolutionären Massen für die Befreiung der Gefangenen der RAF deren Zweifel an der revolutionären Kraft der Arbeiterklasse überwinden und ihre kleinbürgerlichen Denkhemmungen beseitigen, die einer vorurteillosen Aufnahme des Marxismus-Leninismus entgegenstehen. So gewinnen wir die gefangenen Anarchisten für den revolutionären Kampf an der Seite der Arbeiterklasse - und erringen damit einen doppelten Sieg über die Bourgeoisie. Die korrekte Bestimmung unseres Verhältnisses zu den Gefangenen der RAF ist Teil des Kampfes zweier Linien beim Aufbau einer einheitlichen proletarischen ROTEN HILFE. Die Einheit der ROTEN HILFE wird nur dann die revolutionäre Bewegung stärken, wenn sie Ausdruck einer einheitlichen Politik, einheitlichen Willens, einheitlicher Planung und einheitlichen Handelns ist. Unsere Erfahrungen belehren uns darüber, daß jede revisionistische und "links"- bzw. rechtsopportunistische Strömung

in der Arbeiterbewegung ein Einfallstor für die gefährliche Erscheinungsform des Revisionismus, den russischen Sozialimperialismus bildet. Obwohl anarchistische Gruppen eigentlich zur Arbeiterbewegung zu zählen sind, üben sie auf diese einen ideologischen Einfluß aus und verstärken auf vielfältige Weise revisionistische und opportunistische Einstellungen. Eure Haltung gegenüber dem in der ROTEN ARMEE FRAKTION(RAF) verkörpertem militanten Anarchismus ist von heftigen Schwankungen gekennzeichnet, was anzeigt, daß eine gründliche ideologische Klärung dieser Frage, insbesondere eine Bestimmung des Klassencharakters der Politik der RAF, noch aussteht. Nur so ist es auch zu erklären, daß ihr in Eurer Propaganda einer gründlichen Untersuchung und Einschätzung der RAF ausgewichen seid und Euch auf eine moralische Rechtfertigung ihrer Politik verlegt.

Die Frage, warum die Bourgeoisie die RAF verfolgt, wird von Euch nicht richtig beantwortet. Nicht "weil sie an der Notwendigkeit der bewaffneten Revolution festhalten", werden sie eingekerkert, gefoltert und ermordet, sondern weil die Bourgeoisie bei Strafe ihres eigenen Unterganges das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staatsapparates auch gegenüber dem kleinbürgerlichen Anarchismus durchsetzen muß. Der propagandistische Aufwand, den sie dabei treibt, beweist, daß sich die schädliche Politik der RAF vorzüglich dafür eignet, die Massen über den wesentlichen Unterschied zwischen anarchistischem Terrorismus und revolutionärem Kampf der Arbeiterklasse zu täuschen und unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung zum Schlag gegen die revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse auszuholen. Wenn Ihr sagt, die RAF wird verfolgt, "weil sie an der Notwendigkeit der bewaffneten Revolution festhält", dann meint ihr, daß das, was die RAF propagiert und tut, revolutionäre Gewalt, ein Stück der gewaltsamen proletarischen Revolution sei. Anstatt also den Massen zu erklären, daß der individuelle Terror der RAF keine revolutionäre Gewalt ist; daß die proletarische Revolution sich wesentlich von einem anarchistischen Putsch unterscheidet; - anstatt zu erkennen, daß die RAF schon deshalb nicht die "Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution" propagieren kann, weil sie keinen Begriff von der proletarischen Revolution hat, unterstützt ihr die Greuelpropaganda der Bourgeoisie, indem ihr ihrer Behauptung betretet, daß die Politik der RAF ein Ausdruck - wenn auch ein fehlerhafter - der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse sei. So zeichnet Ihr mit an dem Schreckensbild, mit dem die Bourgeoisie die Arbeiterklasse von ihrer Revolution abhalten will.

Die Konfusion geht bei Euch sogar soweit, daß Ihr jene als "Konterrevolutionäre" beschimpft, die es durch die geduldigen Bemühungen der ROTEN HILFE nach langen und heftigen Diskussionen geschafft haben, ihre anarchistischen Irrtümer einzuziehen, und die heute den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands fortsetzen. Zwar habt Ihr diese Position inzwischen korrigiert - aber nicht aufgrund einer ernsthaften selbstkritischen Untersuchung dieses Fehlers.

Auch die in der "Roten Hilfe" Nr. 8/75 veröffentlichte "Selbstkritik der Zentralen Leitung" ist alles andere als eine ehrliche marxistisch-leninistische Selbstkritik. Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß ihr darin zu falschen Ergebnissen kommt.

SCHAFFEN WIR IM KAMPF ZWEIER  
LINIEN, DURCH KRITIK UND SELBST-  
KRITIK DIE EINE PROLETARISCHE  
ROTE HILFE!

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!

# GENOSSEN HORST ZUM GEBURTSTAG

Köln 21. 1. 76

Lieber Genosse Horst,  
zu Deinem 40. Geburtstag wünscht Dir die ROTE HILFE im Namen des Zentralvorstandes beste Gesundheit, neuen Mut und einen erfolgreichen gemeinsamen Kampf. Für uns alle bist Du eine große Stütze im Kampf, schöpfen wir doch viel Kraft aus Deinem vorbildlichen Weg an die Seite der Arbeiterklasse, aus Deiner Selbstkritik, die für unsere Organisation eine scharfe Waffe gegen die verschiedenen Spielarten des Opportunismus und des modernen Revisionismus ist. Gerade auch Deine Wachsamkeit und Deine ideologische Klarheit hat uns in vielen Fragen den richtigen Weg gewiesen.

Alle Genossen sind mit großer Ernsthaftigkeit in den Kampf um Deine Freilassung getreten. Vielen ist überhaupt erst mit aller Schärfe der konterrevolutionäre Charakter der bürgerlichen Klassenjustiz bewußt geworden, bei vielen sind letzte Illusionen über den bürgerlichen Staatsapparat zerstört worden.

Es gibt heute keine Stadt mehr, wenn Revolutionäre dort arbeiten, die nicht im Kampf um Deine Freilassung Propaganda, Veranstaltungen, selbst gemachte Ausstellungen, Diareihen usw. durchgeführt haben. Kaum eine Veranstaltung gegen die bürgerliche Klassenjustiz wird durchgeführt ohne eine Solidaritätserklärung zu verabschieden. Deine Erklärung im Fernsehen sowie insbesondere die Massenarbeit der ROTEN HILFE hat erreicht, daß die Arbeiterklasse weiß, daß Du einer der Ihren bist.

Gegenwärtig führen wir eine Ausrichtungsbewegung in unserer Organisation durch, um den tendenziell vorhandenen Ökonomismus sowie alle Illusionen über den bürgerlichen Staatsapparat auszuräumen. Unsere Politik muß ausgerichtet werden auf die großen Aufgaben im antiegonistischen Kampf. Wir müssen unser Fundament festigen, uns dem Studium des Marxismus-Leninismus widmen, die eigenen Reihen schließen und alle Roten Helfer befähigen, der Gefahr des Rechtsopportunismus entgegenzutreten und sich insbesondere gegen den modernen Revisionismus zu wappnen. In unserer Selbstkritik seit Beginn unserer Arbeit (Rote Hilfe-Komitee Westberlin) ist uns in voller Schärfe klar geworden, wo wir unweigerlich landen werden, wenn wir uns nicht von der revolutionären Theorie leiten lassen und unseren Kampf nicht ständig von neuem überprüfen.

Tiefste ideologische Klarheit muß in unserer Organisation gerade auch im Kampf um eine Rote Hilfe geschaffen werden. Lieber Genosse Horst, heute sind wir alle mit den Gedanken bei Dir. Wir sind gerade dabei, einen umfassenden Bericht über den bisherigen Kampf um Deine Freilassung zu erstellen. Auch für Dich wird er viel neues bringen. Die Tatsache, daß in zahlreichen Kleinstädten große Veranstaltungen mit fast ausschließlichen neuen Menschen gemacht worden sind, daß die ganze Zeit Initiativen von den Ortsgruppen unternommen werden, ist für uns alle ein Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse und das werktätige Volk sich mit denen solidarisiert, die für ihre Sache, für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfen.

Rot Front  
Zentralvorstand der ROTEN HILFE

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der ROTE HILFE-Zeitung liegt ein Werbeblatt des Rote-Fahne-Verlags bei. In einer Situation der verschärften Unterdrückung der kommunistischen Literatur muß jeder fortschrittliche Mensch erst recht die kommunistische Presse und Literatur lesen und studieren! Der Marxismus-Leninismus muß unsere Waffe sein!

### IMPRESSUM

Hrsg. Zentralvorstand d. ROTEN HILFE  
Verantw. i. S. d. Pr. Ges.: H. Schmidt  
5 Köln 30, Rothehausstr. 1

# STAATSANWALTS WUNSCHTRAUM

Am 1. August 1929 erschien in der Literaturzeitschrift "Linkskurve" der folgende fast ungläubliche Bericht über einen Strafprozess im Zusammenhang mit revolutionärer Literatur. Man muß dazu wissen, daß man sich damals nicht gescheut hat, bei der Verurteilung revolutionärer Redakteure und Schriftsteller auch Druckereipersonal, Boten usw. unter Anklage zu stellen. Das ist eines der schmutzigsten Kapitel in der Geschichte der deutschen Klassenjustiz, das die Väter der "13. Strafrechtsänderung" offenbar wieder zum Leben bringen wollen.

## Der Ziehhund vor dem Reichsgericht

Von Paul Körner

Der Verhandlungssaal war bereits gefüllt. Die Presse, die Richter und Reichsanwälte saßen auf ihren Plätzen. Im Zuhörerraum ist alles voll. Ein wichtiger Prozeß soll stattfinden. "Vorbereitung zum Hochverrat und Beschimpfung der Republik!" Vorsitzender: "Herr Justizwachmeister, führen Sie bitte den Angeklagten herein." Zwei handfeste Justizbeamte verlassen den Saal und kehren nach einigen Minuten mit dem Angeklagten zurück. Einen großen struppigen Ziehhund, dem man es ansieht, daß er Monate, Jahre hindurch in den Seilen ging, führten sie kurz gefaßt an einem Zughalsband auf die Anklagebank. Der Ziehhund läßt seine Zunge durch die Riemen des Maulkorbes hängen und sieht den Vorsitzenden an. Dieser eröffnet die Sitzung mit den üblichen Formalitäten.

"Also, Sie sind der Ziehhund des Lumpensammlers Müller aus Bürgerblocksdorf?" Der Hund nickte zustimmend.

"Sie zogen immer den Wagen Ihres Brotherrn, der in verschiedenen Orten der Republik Lumpen sammelte?"

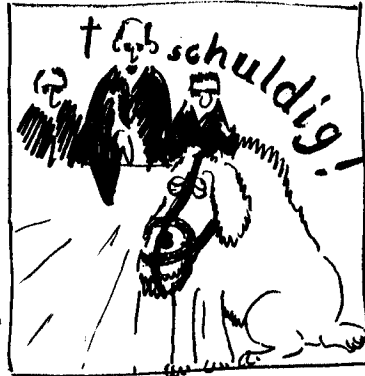
Wiederum nickte der Hund.

"Waren Sie davon unterrichtet, daß Herr

Müller die gesammelten Lumpen an eine Papierfabrik verkaufte?"

Der Ziehhund nickte abermals, denn er wußte es.

Vorsitzender: "Sie sind angeklagt wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Ver-



stoßes gegen das Gesetz zum Schutze der Republik und sind hinreichend verdächtig, staatsumstürzlerische Bestrebungen, wenn auch nicht selbst begangen, so doch unterstützt zu haben. Haben Sie etwas zu bemerken?"

Der Hund, der nicht wußte, wie ihm geschah, schwieg. Darauf ergriff der Reichsanwalt, der bisher mit einem Finger in der Nase herumbohrte, das Wort.

"Meine Herren! Der Angeklagte leugnet nicht, der Ziehhund des Lumpensammlers Müller aus Bürgerblocksdorf zu sein. Nach seinen eigenen Angaben hat er die von Müller gesammelten Lumpen zur Papierfabrik befördern helfen. Es geht nicht an, daß der eine strafflos ausgeht, wo alle anderen, die in die Sache verwickelt waren, bereits verurteilt wurden. Der Schriftsteller, der das Buch verfaßte, der Verleger, der Drucker, der Bote der Druckerei, der Papierhändler, die Scheuerfrau im Verlag und der Portier des Druckereihauses, alle haben die wohlverdiente Strafe erhalten und so muß auch der Ziehhund seine Taten sühnen müssen. Er hat selbst gesagt, daß er wußte, daß aus den gesammelten Lumpen Papier hergestellt würde. Da die Möglichkeit sehr nahe liegt, daß aus diesen Lumpen gerade das Papier hergestellt wird, was zum Druck revolutionärer Bücher und Zeitungen Verwendung findet, die dazu angetan sind, die Grundfesten des Staates zu zerstören, so ist eine Schuld des Ziehhundes nicht von der Hand zu weisen. Er hat sich der Vorbereitung des Hochverrates schuldig gemacht. Ich bitte, den Angeklagten zu einem Jahr Festung zu verurteilen und wegen der Schwere der strafbaren Handlung mildernde Umstände zu versagen."

Das Gericht zog sich zurück und der Vorsitzende verkündete nach kurzer Beratung das Urteil:

"Der Gerichtshof erkennt die Straftat des Ziehhundes voll und ganz an. Er ist sich auch nach Lage der Sache der Schwere der strafbaren Handlung voll und ganz bewußt gewesen, denn er hätte wissen müssen, daß das Papier zur Herstellung kommunistischer Literatur verwandt werden könne. Mildernde Umstände werden dem Angeklagten abgesprochen. Das Gericht kam deshalb zu dem Entschluß: Ein Jahr Festung und lebenslänglicher Maulkorbzwang."

(Nachbeurteilung: Wenige Tage nach Erscheinen dieser Glosse, am 20. August 1929 mußte Paul Körner, der eigentlich Karl Schrader hieß, wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" - er hatte in der kommunistischen Presse zur Verteidigung der Sowjetunion aufgerufen - eine einjährige Festungshaft antreten. Danach wartete das Gefängnis auf ihn - er hatte zur Mai-Demonstration aufgerufen und den Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel "beleidigt". Innerhalb weniger Monate wurden gegen ihn wegen seiner Tätigkeit als Redakteur Geldstrafen von 6 500.- M verhängt.)

### Beitrittserklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.

Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich ..... DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name .....

Wohnort .....

Straße .....

Beruf .....

Alter .....

Unterschrift .....

(Einsenden an ein ROTE HILFE - Büro)

### Bestellschein

Ich bestelle ab ..... die

ROTE HILFE- Zeitung zum Abonnementpreis von

halbjährlich 4.80 DM

jährlich 9.60 DM

Förderabonnement (jährl.) 20.- DM

Das Geld habe ich im Voraus auf

das Vertriebskonto der ROTEN HILFE

PSchA Köln Nr. 59811-504 überwiesen.

Name .....

Adresse .....

Beruf .....

Unterschrift .....

(Einsenden an: ROTE HILFE, 5Köln30

Rothehausstr. 1 )

**ROTE HILFE-Zentrale  
und RHZ-Redaktion  
in neuen Räumen!**

**5 Köln 30, Rothehausstr. 1**

**Tel. 0221/523290**

**SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE**

Wendet Euch an die

**ROTE HILFE**

Zentrale: 5Köln 30, Rothehausstr. 1 (0221/523290) tägl. 18-19 Uhr

Landesvorstand NRW: 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 (0231/813763)

Fr 18 bis 19 Uhr

Ortsgruppe Dortmund: Burgholzstr. 13, Mi ab 19 Uhr

OG Köln-Süd: "Em Hötchen", Annostr., Mo 19 Uhr

OG Köln-Ehrenfeld: "Drügge Pitter" Venloer/Lessingstr. Mo 19.30

Hessen:

OG Frankfurt: Schleiermacherstr. 40 (0611/495738) Mi ab 17 Uhr

Landesvorstand Bayern: 8 München 80, Milchstr. 21 (089/483597)

OG München: Milchstr. 21, Mi 17-19 Uhr

OG Augsburg: A-Oberhausen, Eichlerstr. 1, Fr 20-22 Uhr

OG Nürnberg: 85 Nürnberg, Sperberstr. 21, Do 19.30 Uhr

Landesvorstand Nord: 2 Hamburg 30, Ottenser Marktplatz 7,

(040/392673) Di u. Fr 17-19 Uhr

OG Hamburg: "Im Bierhaus", Schulterblatt 3, Mi 19

OG Bremen: Bremen-Walle, Gustavstr. 24, Mi 17.30 - 19 Uhr

Komitee Hannover: Göttinger Str. 58 (KJVD), Mi 17.30-19 Uhr

Landesvorstand Westberlin: 1 Berlin 65, Badstr. 38 (030/4935012)

OG Moabit: Oldenburger Str. 22 (Laden), Mi 20-22 Uhr

OG Wedding: "Zechliner Hütte", Zechliner/Koloniestr. Mi 19 Uhr

OG Kreuzberg: Leuschner Damm/Waldemarstr., Mi 19.30-22

OG Neukölln: "Parkrestaurant", Nogatstr./Kirchhofstr., Mi 19.30

Ortsgruppe Stuttgart: Cannstadt, "Neckartal", Wilhelmstr., Fr 20

**SCHAFFT ROTE HILFE SCHAFFT ROTE HILFE**

## Zum 100. Geburtstag von Wilhelm Pieck

# Er führte die Rote Hilfe

Am 3. Januar jährte sich der 100. Geburtstag des großen deutschen Arbeiterführers und Kommunisten Wilhelm Pieck. Fünf Jahrzehnte stand Wilhelm Pieck an der Spitze der revolutionären Arbeiterbewegung in unserem Land vor und während des 1. imperialistischen Weltkrieges, in der Novemberrevolution 1918, in den Klassenschlachten der Weimarer Republik, im Kampf gegen Faschismus und Krieg und schließlich nach 1945 für ein friedliches, demokratisches und einheitliches Deutschland.

Wilhelm Pieck, Kampfgenosse von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, leitete den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) wie fast alle Parteitage der KPD bis 1946.

Im Jahre 1928 wurde Wilhelm Pieck in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gewählt, deren VII. Weltkongreß 1936 er eröffnete. Führend war er an der Gründung und Tätigkeit des Nationalkomitees "Freies Deutschland" in den letzten Kriegsjahren beteiligt, 1949 wurde er zum Präsidenten der DDR gewählt, als der er bis zuletzt am Ziel der deutschen Arbeiterklasse, ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland festhielt.

Den revisionistischen Verrat der Chruschtschow-Clique in der Sowjetunion, die Unterwerfung der DDR unter den sowjetischen Sozialimperialismus erlebte Wilhelm Pieck nicht mehr. Er starb 1960 nach langer Krankheit.

Mit dem Kampf der ROTEN HILFE gegen die bürgerliche Klassenjustiz, faschistischen Terror und Krieg war Wilhelm Pieck untrennbar verbunden. Seit Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS 1924 war er ihr Vorsitzender. Schon im Dezember 1922 war er Mitglied des Exekutivkomitees der kurz zuvor gegründeten INTERNATIONALEN ROTEN HILFE (IRH) geworden. Neben Julian Marchlewski, Clara Zetkin und Jelena Stassowa gehört Wilhelm Pieck zu den großen Führern der IRH, von 1937 bis zur Auflösung der IRH 1941 war er ihr Vorsitzender.

Unversöhnlich gegen die bürgerliche Justiz Wilhelm Pieck hatte hervorragenden Anteil daran, daß die ROTE HILFE in der Weimarer Republik zur größten proletarischen revolutionären Massenorganisation wurde, die die Arbeiterklasse zur internationalen Klassensolidarität mit den verfolgten Klassenbrüdern erzog. Unversöhnlich prangerte Pieck in einer Vielzahl von Reden als Abgeordneter im Reichstag und Preußischen Landtag die Klassenjustiz an und riß ihr die heuchlerische Maske der "Unabhängigkeit", "Überparteilichkeit" und "Objektivität" herunter.

Klassenkampf für die politischen Gefangenen Unter Führung Wilhelm Piecks organisierte die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS ihre größten Solidaritätskampagnen: für die Freiheit der 7000 proletarischen politischen Gefangenen in Deutschlands, besonders für die Freilassung von Max Hölz, und die Solidaritätsaktionen gegen die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti. Immer wieder betonte Wilhelm Pieck, daß allein mit dem Ruf "Heraus aus dem Gefängnis" den politischen Gefangenen nicht geholfen ist: "Hinter diesen Ruf muß die Tat der Arbeiterschaft gestellt werden!"

Materielle Hilfe - nicht Wohltätigkeit! Besonderen Wert legte Wilhelm Pieck auf die materielle Hilfe für die verfolgten Klassenbrüder: "Kein Arbeiter, keine Arbeiterin darf sich dieser Verpflichtung entziehen... Jeder soll von dem wenigen, was er hat, soviel wie möglich geben... Je umfassender auch diese materielle Hilfe ist, um so kräftiger wird das Proletariat seinen Kampf gegen die Klassenjustiz wie gegen die bürgerliche Klassenherrschaft zu führen in der Lage sein."



W. Pieck begrüßt Ho Chi Minh, Berlin 1957



Jelena Stassowa, Wilhelm Pieck und Felix Kon (v. l. n. r.) im Präsidium des Kongresses der Internationalen Roten Hilfe in Moskau, März 1931

Wilhelm Pieck führte in der ROTEN HILFE einen beständigen Kampf gegen die spontan immer wieder aufkommenden charitativen Strömungen und machte dagegen den Charakter der ROTEN HILFE klar: "Die ROTE HILFE ist nicht etwa eine rein philanthropische, charitative Organisation, wie sie auch ihre Unterstützungen nicht als Wohltätigkeit auffaßt, sondern sie ist eine Solidaritätsorganisation der Werktätigen zur Behebung des Elends, das durch die deutsche Klassenjustiz hervorge rufen worden ist. Und deshalb kann sich die ROTE HILFE auch nicht auf die Beschaffung von Geldmitteln beschränken, sondern muß versuchen, die Quellen dieses Elends zu verstopfen."

Wilhelm Piecks Reden und Berichte auf Kongressen der RHD und IRH, bei Solidaritätskundgebungen und von der Tribüne der Parlamente sind nicht nur großartige Zeugnisse des Kampfes der ROTEN HILFE damals, sondern hervorragende Orientierungsmittel unseres heutigen Kampfes zur Schmiedung der Klassensolidarität.

Nicht den Revisionisten gehört W. Pieck! Heute versuchen die modernen Revisionisten der SED, DKP und SEW Wilhelm Pieck wie alle anderen großen deutschen Kommunisten vor ihren Karren zu spannen - durch Umdeutung ihrer Kämpfe, durch Verschweigen der revolutionären Linie.

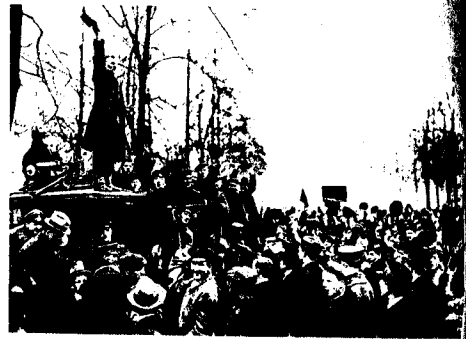
Seit nunmehr 15 Jahren hält die SED-Führung die Herausgabe der Reden und Schriften Wilhelm Piecks aus der Zeit zwischen 1927 und 1933 zurück! Zum 100. Geburtstag ist jetzt eine Biographie erschienen, in der Wilhelm Piecks Kampf um die Einheit Deutschlands fast völlig verschwiegen wird!

Die Freundschaft zur Sowjetunion muß zur Herzensache eines jeden Deutschen werden, diese Forderung Wilhelm Piecks verwenden die modernen Revisionisten der SED heute, um die Arbeiterklasse in der DDR der Breschnew-Clique zu unterwerfen. Doch Pieck meinte immer die Freundschaft zur Sowjetunion Lenins und Stalins!

Aber die modernen Revisionisten können nicht verhindern, daß das revolutionäre Erbe Wilhelm Piecks von der revolutionären und kommunistischen Bewegung, von der Arbeiterklasse des gesamten Deutschlands und besonders von der ROTEN HILFE aufgenommen und erfüllt wird.

Für den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie immer in vorderster Front gegen den reaktionären und faschistischen Terror ließ Wilhelm Pieck keinen Zweifel zu, daß die Wurzeln dieses Terrors nur gewaltsam ausgerottet werden können. In seiner von den modernen Revisionisten heute verschwiegenen Schrift "Vom Nosketerror zum Hitlerfaschismus" (1935) zog er die historischen Lehren:

"Die ganze Geschichte des Terrors der deutschen Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung während der vergangenen 17 Jahre spiegelt den Gang des Klassenkampfes wider. Der Weg der Bourgeoisie von Ebert und Noske zu Hitler und Göring ist die große geschichtliche Bestätigung der Lehre: Es gibt keinen anderen Weg zur Befreiung vom kapitalistischen Joch und zum Aufbau des Sozialismus als den Weg der proletarischen Revolution, der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats auf den Trümmern des bürgerlichen Staates, es gibt keinen anderen Weg als die schonungslose Vernichtung der Konterrevolution und die zielbewußte und entschlossene Sicherung der proletarischen Herrschaft."



Wilhelm Pieck bringt ein Hoch auf die Revolution aus. Demonstration am 5. Januar 1919 in der Siegesallee, Berlin

Georgi Dimitroff, Maurice Thorez und Wilhelm Pieck (v. l. n. r.) im Präsidium des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Juli/August 1935



## 18. März: ROTE-HILFE-TAG Jahrestag der Pariser Kommune

Vor 100 Jahren, am 18. März 1871 errichtete das heldenhafte Pariser Proletariat die Kommune. 72 Tage hat die Pariser Kommune bestanden, dann wurde diese erste proletarische Revolution grausam niedergeschlagen. Die Bourgeoisie aller kapitalistischen Länder beteiligte sich an der Niedersetzung der Pariser Arbeiter, denn sie war bis ins Mark getroffen. Sie zittern seit jenen Tagen vor der Macht der Arbeiter und haben seither mit immer neuen und brutaleren Methoden versucht, die Reihen der Arbeiterklassen zu schwächen und sie in ihrem revolutionären Weg aufzuhalten.

Denn die Pariser Kommune hat dem unterdrückten Proletariat den einzig richtigen Weg der Befreiung vom Kapitalismus gezeigt: die gewalttätige Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

"Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingedröhnt

in dem großen Herzen der Arbeiterklasse." Diese Worte von Karl Marx sind Wirklichkeit geworden, und so hat auch die INTERNATIONALE ROTE HILFE den 18. März zum Tag der ROTEN HILFE erklärt. Erstmals 1923, wo die IRH selbst zum ersten Mal öffentlich aufgetreten ist. Der ROTE-HILFE-TAG diente dazu, die Lehren aus der Niederlage der Pariser Kommune zu ziehen, die Arbeiterklasse zur Solidarität mit den verfolgten Klassenkämpfern und zum unversöhnlichen Kampf gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen.

Die ROTE HILFE wird in diesem Jahr erstmals wieder diese Tradition aufnehmen. Der 18. März und die sich anschließende Werbeweche der ROTEN HILFE werden im Zeichen des Kampfes gegen die politische Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse in beiden Teilen unseres Landes stehen! Der ROTE-HILFE-TAG wird ein Schritt voran sein in der Stärkung der ROTEN HILFE und des Kampfes für eine ROTE HILFE!